



Gelungenes Gastspiel
Rossinis „La Cenerentola“ als furiose Aschenputtel-Oper im Theater Heilbronn. Kultur 13



Kampf gegen Zünsler startet
Auf Friedhöfen will Heilbronn Buchsbäume erhalten und trotz den gefräßigen Zünslern. Seite 29

Leser bewerten Lokale
Mitmachen und attraktive Preise gewinnen beim Gastro-wettbewerb. Beilage Magazin



HEILBRONNER STIMME

www.stimme.de

Samstag
21. April 2018

Zeitung für die Region
Heilbronn-Franken
Hohenlohe
Kraichgau

Nr. 92 · 2,00 Euro

Unser Wochenendmagazin als Beilage in dieser Zeitung

frei
zeit

Tipps für das An grillen



Foto: fpa - imi, Alexander Pfahls und Wolfgang Reinhard, fotostudio.com

Weitere Themen:
Norwegen per Bahn entdecken. Und: Rebhühner leiden unter ausgeräumter Landschaft.



Kommentar



Von Michael Schwarz

Geht es um Grundüberzeugungen, geraten Grüne und CDU in der Regierung immer wieder aneinander.

Ideologisch

Im Koalitionsvertrag ist eine Neuregelung vorgesehen, ein Kompromiss ist jedoch nicht in Sicht. Bei der Reform des freiwilligen Polizeidienstes können sich Grüne und CDU bei einem weiteren Thema nicht einigen – und verschieben das Vorhaben weit in die Zukunft. Hier kommt wieder ein bekanntes Phänomen dieser Landesregierung zum Vorschein: Ideologisch aufgeladene Themen können nicht mit der vollen Haushaltskasse gelöst werden. Fahrverbote, Tempolimits, Umgang mit Wölfen, Jagdrecht, Drogenräume oder jetzt die Polizeifreiwilligen – Grüne und CDU stoßen immer wieder an die Grenzen ihrer Zusammenarbeit.

Auch bei der Zukunft der Polizeifreiwilligen ist eine Grundsatzentscheidung nötig: Sollen diese professioneller werden, um die unter Personalmangel leidende Polizei tatsächlich im Alltag zu entlasten? Oder sollen die Freiwilligen nur Präventionsvorträge an Schulen halten und die Polizeibeamten bei der Verkehrssteuerung unterstützen? Die CDU will beide Felder abdecken, die Grünen nur Letzteres.

Gerade für die CDU wird es künftig vermutlich schwieriger, ihre Positionen durchzusetzen. Nachdem die Christdemokraten sich bei der Reform des Wahlrechts voraussichtlich nicht an den Koalitionsvertrag halten werden, sind sie gegenüber den Grünen in der Bringschuld. Diese werden hingegen den richtigen Zeitpunkt abwarten, um sich zu reваншиeren. Themen wie die Reform des freiwilligen Polizeidienstes bieten eine gute Gelegenheit dazu.

@ Ihre Meinung?

michael.schwarz@stimme.de

Gericht verurteilt Ehemann zu lebenslanger Haft

Eindeutiges Urteil im Löwensteiner Mordprozess

HEILBRONN Wegen eines hinterhältigen und kaltblütigen Mordes an seiner Ehefrau hat das Heilbronner Landgericht am Freitag den Oberstulmer Georg M. (63) zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt.

Die Richter sahen es nach einem Indizienprozess mit 23 Verhandlungstagen, 106 Zeugen und vier Sachverständigen ohne jeden Zweifel als erwiesen an, dass der Angeklagte seine Ehefrau Ende März 2017 auf einem Parkplatz am Hintereingang der Evangelischen Tagungsstätte Löwenstein mit einem Schnitt in den Hals und neun Messerstichen getötet hat. Die Kammer stuft den Angeklagten zudem als voll schuldfähig ein.

Als Motiv nannte das Gericht, dass M. es nicht überwinden konnte, dass seine Frau nach der Trennung von ihm einen neuen Partner hatte und die Scheidung einreichen wollte. Die Verteidigerin deutete an, das Urteil anzufechten. cf Seite 27

Hilfspolizei: Streit über Bewaffnung

STUTTGART Landesregierung sucht Kompromiss bei Reform des freiwilligen Polizeidienstes

Von unserem Korrespondenten Michael Schwarz

In der grün-schwarzen Koalition gibt es eine Kontroverse darüber, wie es mit dem freiwilligen Polizeidienst weitergehen soll. Die Grünen wollen Ehrenamtliche ohne Waffe, die eher in der Prävention tätig sind. Die CDU setzt hingegen auch auf bewaffnete Hilfskräfte, die mit der Polizei auf Streife gehen.

„Wir wissen aus über 50-jähriger Erfahrung, dass die Bewaffnung der Polizeifreiwilligen keine Probleme mit sich gebracht hat und sehen es daher als unkritisch an, wenn Polizeifreiwillige auch in Zukunft bewaffnet sind“, sagt CDU-Landtagsfraktionschef Wolfgang Reinhard der Heilbronner Stimme. Polizeifreiwillige tragen derzeit eine „Walther P5“, die alte Dienstwaffe der Polizei.

Den freiwilligen Polizeidienst gibt es im Südwesten seit 1963. Nachdem die grün-rote Regierung zwischen 2011 und 2016 entschied, den Dienst auslaufen zu lassen, hat

sich die aktuelle Regierung im Koalitionsvertrag darauf verständigt, dies rückgängig zu machen – und ein neues Konzept zu erarbeiten.

Stunden Momentan gibt es im Südwesten 673 Polizeifreiwillige. Diese haben 2017 rund 50 000 Arbeitsstunden geleistet. Sie unterstützen bislang den Polizeivollzugsdienst schwerpunktmäßig bei verkehrspolitischen Aufgaben sowie bei der Prävention. Reinhard bringt weitergehende Kompetenzen ins

Spiel. „Es ist vorstellbar, dass ein freiwilliger Polizeidienstleistender als dritter Mann eine Streife begleitet“, sagt er. Dies wäre eine Kehrtwende, denn seit 2013 werden die Freiwilligen nicht mehr im Streifen dienst eingesetzt. Allerdings sollten sie nicht an gefährlichen Einsätzen beteiligt werden, so Reinhard. Zudem sieht er auch Verbesserungsbedarf bei der Ausbildung. „Vorstellbar wäre, dass die Ausbildung zum Polizeifreiwilligen künftig im Rahmen eines freiwilli-

„Es ist unkritisch, wenn Polizeifreiwillige bewaffnet sind.“

Wolfgang Reinhard

Gewerkschaften ebenfalls nicht einig

Auch die beiden großen Gewerkschaften im Südwesten sind beim Thema Polizeifreiwillige geteilter Meinung. „Vom freiwilligen Polizeidienst halten wir gar nichts. Es wäre besser, diesen abzuschaffen und die kommunalen Ordnungsdienste aufzustocken“, sagt

Hans-Jürgen Kirstein, Landeschef der Gewerkschaft der Polizei. **Ralf Kusterer**, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, sieht dies anders: „Ohne die Polizeifreiwilligen können wir die Handlungsfähigkeit der Polizei nicht aufrechterhalten.“ mis

Service

Die Sonne brennt vom Himmel: Experten geben Tipps für den Schutz der Haut. Seite 9

Kultur

Liebe und andere Gründungsmythen: Der Schweizer Peter Stamm las bei Osiander. Seite 12

Sport

Heimspiel: Aschenbrenner/Lepski wollen bei der Tanz-DM in Heilbronn glänzen. Seite 22

Region

Jubiläum: Der Philharmonische Chor Heilbronn feiert sein 200-jähriges Bestehen. Seite 28

Asylbescheide zu Unrecht erteilt

BREMEN Eine ehemalige Mitarbeiterin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) soll in 1200 Fällen Asyl gewährt haben, obwohl die Voraussetzungen nicht gegeben waren. Möglicherweise gibt es auch mehr Fälle. Gegen die Ex-Leiterin der Bremer Außenstelle sowie gegen drei Rechtsanwälte aus Bremen und Niedersachsen wird unter anderem wegen Bestechung und Bestechlichkeit ermittelt. Das sagte eine Sprecherin der Bremer Staatsanwaltschaft am Freitag. Meist ging es um Jesiden aus Syrien, wie die Sprecherin sagte. Am Mittwoch und Donnerstag gab es deshalb Hausdurchsuchungen in Bremen und Niedersachsen. dpa Seiten 2, 4

Breymaier stützt Nahles

STUTTGART SPD-Landeschefin Leni Breymaier hat vor dem Parteitag ihre Unterstützung für Andrea Nahles als neue SPD-Parteichefin betont. Breymaier sagte unserer Zeitung: „Ich unterstütze Andrea Nahles. Sie hat Power, Durchsetzungsvermögen, viel inhaltliche Kompetenz. Sie wäre als Partei- und Fraktionsvorsitzende nicht unmittelbar in die Regierungsdiziplin eingebunden und kann Dinge gut zuspitzen. Und sie kennt die Partei wie keine zweite. Sie steht für beides: für Erfahrung, einen neuen Stil und für Erneuerung. Und ich freue mich, dass die älteste Partei Deutschlands mit ziemlicher Sicherheit eine Frau als Vorsitzende bekommt.“ dl Seiten 2, 3

Firmen wollen Abschiebeschutz

STUTTGART Mit einer Initiative wollen 80 Unternehmen Innenminister Thomas Strobl (CDU) dazu bewegen, ihre Mitarbeiter nicht abzuschicken. Die Firmen beschäftigen nach eigenen Angaben insgesamt rund 2000 Flüchtlinge im Südwesten, von denen viele gut integriert seien – allerdings drohe ihnen, in ihr Heimatland abgeschoben zu werden. Am Freitag stellten die Betriebe gemeinsam mit dem Minister die Ergebnisse des Treffens vor. Dazu gehört auch die Würth-Gruppe.

Strobl kündigte an, sich im Bundesrat und bei Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) für Wege der legalen Migration von Arbeitskräften einzusetzen. red Seite 7

Porsche-Manager sitzt in U-Haft

STUTTGART Auf Antrag der Stuttgarter Staatsanwaltschaft sitzt der Motorenchef des Sportwagenherstellers Porsche seit Donnerstag in Untersuchungshaft. Der Mann wurde im Zusammenhang mit der Diesel-Razzia festgesetzt – die Ermittler sehen Flucht- und Verdunkelungsgefahr. Der Manager war zwischen 2004 und 2011 bei Audi in leitenden Funktionen in der Motorenentwicklung beschäftigt gewesen. Porsche-Chef Oliver Blume wies die Vorwürfe der Ermittler am Freitag zurück. In einem Schreiben an die Mitarbeiter der Stuttgarter VW-Tochter versprach er, dass der Vorstand den Sachverhalt so schnell wie möglich aufklären werde. mfd Seite 10

ANZEIGE

Leser werben Leser

Jetzt Prämie sichern!



Leser werben Leser

www.stimme.de/wl

Wetter in der Region
Samstag 14 bis 27 Grad ☀️
Sonntag 13 bis 27 Grad ☀️
Montag 11 bis 21 Grad ☁️

Schnell gefunden
Fernsehprogramm Seite 26
Kultur Seiten 12, 13
Roman Seite 25
Wetter & Termine Seite 18

Ihr direkter Draht zu uns
Tel. 07131 615-615 · Mo.-Do. 7-18 Uhr,
Fr. 7-17 Uhr, Sa. 8-12 Uhr

6 0 0 1 6
4 190360 102004